

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

Chancen bilden, Wissen schaffen

1. Ausbildungspolitik – Jung, Grün, anders!

Die Berufsausbildung betrifft in Bayern einen Großteil der Bevölkerung. Die Mehrheit der Gesellschaft durchläuft in ihrem Leben eine Berufsausbildung. Die klassische Berufsausbildung ist in Deutschland im dualen System gegliedert, bei der die Ausbildung zum Teil in einem Unternehmen und zum Teil in der Berufsschule stattfindet. Neben dieser klassischen Berufsausbildung gibt es aber auch Berufsausbildungen, die sowohl im dualen System, als auch rein schulisch absolviert werden können und Ausbildungen die ausschließlich schulisch ausgebildet werden.

Aus Sicht der GRÜNEN JUGEND Bayern gibt es in der Ausbildungspolitik an vielen Stellen Handlungsbedarf, auch weil sich die Rahmenbedingungen zunehmend ändern. Immer mehr Menschen schließen ihre schulische Laufbahn mit der mittleren Reife oder dem Abitur ab. Auf die Ausbildungspolitik in einem Land, in dem zunehmend höhere Schulabschlüsse erreicht werden, kommen neue Herausforderungen zu.

Junge Menschen, die hingegen mit dem (qualifizierenden) Hauptschulabschluss abschließen, stehen vor großen Problemen. Für sie wird es immer schwieriger, eine Ausbildung zu finden, da junge Menschen mit "höheren" Schulabschlüssen immer mehr in den Ausbildungsmarkt drängen. Auf der einen Seite klagen Unternehmen über unbesetzte Lehrstellen und fehlende Bewerber*innen, auf der anderen Seite finden immer weniger Menschen einen Ausbildungsplatz in ihrem Wunschberuf bzw. überhaupt einen Ausbildungsplatz.

Mit diesem Konzept der GRÜNEN JUGEND Bayern wird aufgezeigt, an welchen Stellen in der Ausbildungspolitik Handlungsbedarf besteht und wie diese gelöst werden können. Wir brauchen endlich neue Konzepte, um jungen Menschen in Bayern Möglichkeiten und Chancen in der beruflichen Bildung zu bieten.

Während der Berufsausbildung muss man leben können!

Viele, meist rein schulische Ausbildungen, etwa als Physiotherapeut*in oder als Logopäd*in, sind mit horrenden Kosten für die Auszubildenden verbunden. Die Auszubildenden erhalten im Regelfall keine Ausbildungsvergütung und eventuell erhaltenes Bafög muss in den allermeisten Fällen zurück gezahlt werden. Auch sind in vielen - insbesondere sozialen Ausbildungsberufen und dualen Studiengängen - die Ausbildungsvergütungen nicht ausreichend, um Lebenshaltungskosten zu decken. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Gebührenfreiheit des dualen Studiums sowie aller dualen oder rein schulischen Berufsausbildungen. Außerdem müssen alle Auszubildenden, die keine Ausbildungsvergütung erhalten, also eine rein schulische Berufsausbildung durchlaufen, Anspruch auf Bafög haben, das nicht zurückgezahlt werden muss.

Zudem fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine mindestens existenzsichernde Ausbildungsvergütung für Auszubildende im dualen System und duale Studierende. Die Zusatzleistungen für Studierende, wie z.B. Semesterticket, ermäßigte Eintritte etc., sollen genauso für Auszubildende gelten.

Bessere Förderung von Pflege-, Therapie – und Sozialberufen

Die Grüne Jugend setzt sich für eine bessere Förderung von Pflege-, Therapeut*innen – und Sozialberufen ein. Eine Stärkung dieser Berufszweige ist nicht nur vor dem Hintergrund des demografischen Wandels dringend geboten, sondern auch unausweichlich, um dem Ziel einer möglichst soli-

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

darischen und rücksichtsvollen Gesellschaft näher zu kommen.

Die Grüne Jugend Bayern fordert hierfür eine deutliche Erhöhung der Gehälter in diesen psychisch und physisch anspruchsvollen Berufsfeldern. Außerdem ist es elementar wichtig, arbeitnehmer*innenfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, beispielsweise durch einen höheren Personalschlüssel oder eine geringere Wochenstundenzahl.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert außerdem Kampagnen und Projekte der Staatsministerien für Arbeit und Soziales, Familie und Integration sowie für Gesundheit und Pflege, um die gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufe maßgeblich zu erhöhen. An Schulen und darüber hinaus muss offensiver für diese Berufe geworben werden. Dafür ist es wichtig, sich im Unterricht mit Themen wie Krankheit, Armut und sozialer Ausgrenzung stärker zu beschäftigen, um dadurch wiederum das Ansehen und somit die Attraktivität der o.g. Berufe zu steigern.

Weg mit den Rollen- und Geschlechterklischees!

Zahlreiche Berufe sind bei der Mehrheit der Gesellschaft "typisch männlich" oder "typisch weiblich" besetzt. Beispielsweise werden handwerkliche Berufe, etwa der Schreiner*in oder Automechaniker*in, noch immer hauptsächlich Männern zugeschrieben, soziale Berufe oder Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich, etwa Erzieher*in oder Sekretär*in, Frauen. Zahlen des Statistischen Bundesamts zeigen: Was als Klischee beginnt wird in der Regel auch Realität. Noch immer wählen junge Menschen ihren Beruf nach traditionellen Vorstellungen aus. So liegt der Männeranteil im Metallbau, bei Bergleuten, Berufskraftfahrer*innen sowie in Elektroberufen deutlich über 90 Prozent. Der Frauenanteil bei haus- und ernährungswirtschaftlichen Berufen und Erzieher*innen liegt ebenso bei über 90 Prozent. Auch die Krankenpflege, Sprechstundenhilfe und das Friseurhandwerk sind mit Frauenanteilen von um die 90 Prozent typisch weibliche Berufe.

Wir sagen: Es muss Schluss sein mit veralteten Rollenklischees und damit verbundenen Ungerechtigkeiten!

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert einen Wandel im Bildungssystem, das noch immer in Texten und Bildern Rollenklischees festigt. Bereits in der Phase der Berufsorientierung muss daher an Schulen neutral informiert und aktiv den bestehenden Vorurteilen entgegengewirkt werden. Weiter fordern wir, dass erschwerte Zugänge in besonders typische Männer- oder Frauenberufe gesucht und behoben werden. Beispielsweise müssen familienfreundliche Teilzeitarbeit oder Kinderbetreuung, die viel häufiger in typisch weiblichen Berufen angeboten wird, in typisch männlichen Berufen gefördert und beworben werden.

Besonders fordern wir stärkeres Engagement bei der finanziellen Aufwertung typischer Frauenberufe, in denen oft sehr geringe Gehälter gezahlt werden.

Wir wollen die Ausbildungsgarantie!

Aktuell können nur etwa 65 Prozent derer die zu Ausbildungsbeginn gerne eine Ausbildung beginnen würden, wirklich eine Ausbildung beginnen. Für viele Ausbildungsinteressierten stellt eine erfolglose Suche eines Ausbildungsplatzes allerdings eine lange Warte- beziehungsweise Überbrückungszeit mit sich. Damit alle Ausbildungsinteressierten, egal welchen Schulabschluss, sozialen, ethnischen oder sonstigen individuellen Hintergrund sie haben, eine faire Chance und einen qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz bekommen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Ausbildungsgarantie als gesetzlich garantierten Anspruch. Dies soll vor allem durch bessere Vermittlungsprogramme erfolgen, die potentielle Auszubildende und Ausbildungsbetrieben oder Fach-

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

schulen zusammenführen. Allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die keine Lehrstelle erhalten, muss eine außerbetriebliche Ausbildungsstelle angeboten werden, die in Qualität und Geltung der regulären Ausbildungen gleichkommt. Der Wechsel von einer außerbetrieblichen Ausbildungsstelle auf eine betriebliche Ausbildungsstelle muss dabei unkompliziert möglich sein.

Gute Arbeitsbedingungen sicherstellen!

Die Arbeitsbedingungen während einer Ausbildung sind der elementare Faktor für die Zufriedenheit der Auszubildenden. Zu den Arbeitsbedingungen zählen unter anderem die fachliche Betreuung, die fachliche Qualität der Ausbildung, die Aufgabengebiete der Auszubildenden, sowie die Einhaltung der Arbeitszeitvorgaben. Hier muss aber auch branchenspezifisch geprüft werden, ob Anpassungen und flexible Regelungen nötig sind, wie diese umgesetzt und auch wieder ausgeglichen werden können, um sowohl eine Ausbildungsausrichtung im Sinne der Auszubildenden sicherzustellen als auch den Interessen der Ausbildungsbetriebe gerecht zu werden. Als Verhandlungsgrundlage liegen von Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenverbänden detailliert ausgearbeitete Positionspapiere vor. Um transparente Verhandlungen zu ermöglichen müssen auch Arbeitgeber*innenverbände ihre Positionen künftig offen legen.

Repräsentativen Studien zufolge ist die Ausbildungszufriedenheit von jungen Menschen umso höher, umso genauer die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass die fachliche Betreuung und die Qualität der Ausbildung durch die Einführung eines Qualitätsmanagements für die duale Berufsausbildung verbessert werden soll. Die ausbildenden Betriebe müssen klare Kompetenz- und Qualitätsstandards erfüllen.

Außerdem muss die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen stärker kontrolliert und bei Nichteinhaltung entsprechend geahndet werden.

Doppelfunktion und Zielkonflikt der Kammern beenden!

Die Kammern sind in Deutschland zuständig für die Förderung und die Überwachung der Berufsausbildung. Das bedeutet zum Beispiel, dass sich Auszubildende bei Problemen an die Kammern wenden sollen. Dass die Kammern hier, als Interessensvertretung der Arbeitgeber*innen, nicht unabhängig entscheiden ist sehr naheliegend. Auch bei groben Gesetzverstößen von Seiten der Arbeitgeber*innen kommt es nahezu nie zu einer Aberkennung der Ausbildungslizenz eines Ausbildungsbetriebes. Außerdem werden die Abschlussprüfungen der Berufsausbildungen im Regelfall von den Kammern abgenommen. Auch hier besteht das Problem, dass die Kammern die Interessensvertretung der Arbeitgeber*innen in der jeweiligen Region sind. Möchte sich beispielsweise ein*e Auszubildende*r über die fehlende Vorbereitung durch den Ausbildungsbetrieb auf die Abschlussprüfung beschweren ist eine Beurteilung durch eine unabhängige, staatliche Institution deutlich fairer. Diese Doppelfunktion der Kammern und der daraus entstehende Zielkonflikt ist nicht länger tragbar.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Einrichtung unabhängiger Institutionen, die die Betreuung und das Abnehmen der Prüfungen übernehmen und diesbezüglich die Kammern in deren Funktionen ersetzen.

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

2. Selbstbestimmte Bildung und Weiterbildung für alle!

Die Freiheit, ein Leben lang neues Wissen erwerben zu können, sehen wir als elementaren Bestandteil eines erfüllten Lebens. Wir wollen allen Menschen ermöglichen ihr Leben und ihr Wissen frei zu gestalten, egal welche Voraussetzungen sie mitbringen. Menschen sollen nach eigenen Wünschen und Interessen stets Neues lernen können. Lebenslanges Lernen darf jedoch kein Zwang werden.

Keine Sackgasse Bildung – berufliche Bildung ein Leben lang ermöglichen!

Menschen, die ihr Leben lang in einem Betrieb beschäftigt sind, sind selten geworden. Bei den immer schnelleren Entwicklungen des Arbeitsmarktes, sind berufliche Weiterbildung und Umschulung oft unumgänglich. Aber auch die Erweiterung des eigenen Horizontes darf nicht zu kurz kommen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, einen einfachen und kostenfreien Zugang zu staatlich anerkannten Berufsabschlüssen, Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Die anfallenden Kosten sind dabei vom Freistaat Bayern zu tragen.

Außerschulische Bildung und Weiterbildung

Die GRÜNE JUGEND Bayern sieht die Wichtigkeit außerschulischer Bildung, die durch zahlreiche Jugendorganisationen und -verbände, Vereine und den bayerischen Jugendring organisiert wird. Wir fordern die Beibehaltung der im bayerischen Haushalt zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel und die Fortführung und Intensivierung der Unterstützung dieser Arbeit.

Die kommunal organisierten Volkshochschulen bieten ein breites Angebot für Weiterbildungsmaßnahmen in verschiedensten Bereichen. Damit die Bildungsangebote für alle erschwinglich werden, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Zuschüsse des Freistaats Bayern zu erhöhen und kostenfreie Angebote zu garantieren. Auch eventuell nötige Lernutensilien müssen gestellt werden.

Bildungsfreistellung endlich auch in Bayern!

Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, Bildungsangebote wahrzunehmen. Trotz dem Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Übereinkommen 140) zu bezahltem Bildungsurlaub, das die Bundesrepublik Deutschland 1976 ratifiziert hat, wurde noch immer kein Bundesgesetz erlassen. Viele Bundesländer haben daher mittlerweile Landesgesetze verabschiedet, Baden Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen jedoch nicht.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher auch für bayerische Arbeitnehmer*innen eine gesetzlich verankerte Möglichkeit, sich für eine gewisse Zeit für Bildungsmaßnahmen und Fortbildungen freistellen zu lassen.

Arbeitszeit modern und arbeitnehmer*innenfreundlich gestalten!

In einer Gesellschaft, in der es viele verschiedene Lebensentwürfe gibt, ist es notwendig die Arbeitszeitmodelle so anzupassen, dass alle Menschen ihr Leben frei planen und gestalten können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Förderung alternativer Beschäftigungsmodelle. Ge-

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

werkschaftliche Errungenschaften wie beispielsweise geregelte Arbeitszeiten, die u.a. der Freizeitsicherung und Planungssicherheit dienen, sind zu bewahren und zu verbessern. Eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmer*innenvertretungen muss hierbei stattfinden.

3. Wissenschaft ist für Alle da! - Selbstbestimmt. Kritisch. Emanzipatorisch.

Wissenschaft ist der kollektive Prozess der Erschließung der Welt. Sie muss grundsätzlich in ihrer Entwicklung in alle Richtungen offen sein und darf nicht tendenziös - zum Beispiel parteipolitisch oder durch gesellschaftliche Teilinteressen wie die der Wirtschaft - dominiert werden. Von dieser Idealvorstellung sind wir heute weit entfernt. Immer mehr entwickelt sich die Wissenschaftslandschaft zu einem Konkurrenzbetrieb, werden Forscher*innen nach den angeworbenen Drittmitteln beurteilt und Fächerdisziplinen nach der wirtschaftlichen Verwertbarkeit geordnet. Statt langfristiger und tiefgehender Forschung zählt der schnelle Output, Wissenschaftler*innen werden angehalten, möglichst viel in renommierten Fachzeitschriften zu publizieren. Dies führt z.B. zu der absurden Situation, dass Forschungsergebnisse zerstückelt werden, um mehr Artikel publizieren zu können. Gleichzeitig fehlt immer mehr die Zeit, um Monografien anzufertigen. Wir sind überzeugt, dass dies die falsche Entwicklung ist und einem wissenschaftlichem Erkenntnisprozess sogar schadet. Neue Ideen können sich nur schlecht unter Druck entfalten und tiefgehende Forschung passiert nicht mit einem auslaufenden Zeitvertrag im Nacken. Wollen wir auch weiterhin gesellschaftlichen Fortschritt und wollen wir vor allem auch wieder eine Wissenschaft, die für die Gesellschaft da ist und deren Handeln Teil eines gesellschaftlichen Diskurses ist, dann müssen wir jetzt eingreifen und die Bedingungen, in denen Wissenschaft und Forschung geschehen können, fundamental ändern.

Wider den wettbewerblichen Automatismen

Wissenschaft gelingt dort, wo Menschen ihre Gedanken frei laufen lassen und Ideen verfolgen können, ohne dass gleich ein fertiges Ergebnis zu Stande kommen muss. Scheitern ist Teil eines Forschungsprozesses und nur selten gelingt es, auf direktem Wege zu einer neuen Erkenntnis zu kommen. Zur Wissensvermehrung tragen die Sackgassen sogar erheblich bei, denn gesichert ist immer nur, wie etwas nicht funktionieren kann. Und Wissenschaft lebt davon, dass auf bestehende Erkenntnisse aufgebaut wird, vorhandene Thesen weiterentwickelt oder auch vermeintliches Wissen widerlegt wird. Forschen ist also ein kooperativer Prozess vieler Menschen, bei dem nur gemeinsam und mit genügend Zeit gute Ergebnisse entstehen können. Damit steht der wissenschaftliche Betrieb einer neoliberalen Vorstellung von Wettbewerb und Konkurrenz unvereinbar gegenüber. Im kapitalistischen Sinne sollte Forschung der Profitmaximierung dienen und möglichst nur das erforschen, was die höchste wirtschaftliche Verwertbarkeit aufweist. Dies passt allerdings nicht zur grundgesetzlich verbrieften Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Forschung (Art. 5 (3) 1). Im Bayerischen Hochschulgesetz ist festgehalten, dass es Aufgabe des Staates ist, diese Freiheit der Wissenschaft sicherzustellen (Art. 3 (1)).

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass der Freistaat diese Aufgabe endlich erfüllt und den wissenschaftlichen Betrieb voll ausfinanziert. Nur so kann die Freiheit der Forschung wieder gewährleistet werden. Nicht die Finanzierung darf die Entwicklung der Wissenschaft vorgeben, sondern das Ergebnis des Diskurses der Lehrenden und Lernenden. Wir sprechen uns somit auch für

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

eine Abkehr vom Prinzip der Drittmittel zur Finanzierung der Forschung aus und wollen die Grundfinanzierung stärken. Folglich fordern wir auch die Abschaffung der Hochschulräte an den Universitäten, die zur Hälfte mit externen Vertreter*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft besetzt sind, als beschließendes Organ. Die Beschlusskompetenzen sollen wieder an das Zentrale Gremium (ZG) innerhalb der akademischen Selbstverwaltung gehen. Der Hochschulrat kann als Kuratorium für die Verankerung der Universität in die örtliche Zivilgesellschaft weiterbestehen.

Gute Forschung für Alle

Die Wissenschaftspolitik der letzten Jahre ist dem Irrglauben verfallen, dass neoliberale Reformen und Konkurrenzdenken bessere Forschung hervorbringt. Dies hat sich am sinnbildlichsten in der Exzellenzinitiative des Bundes gezeigt. Mit der Idee gestartet, so den Forschungsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, hat diese Konkurrenzsituation aber nur zu einem Wettbewerb der Bürokratie geführt. Der einzige nachhaltige Effekt aus den beiden Runden der Förderung ist nur, dass das Ungleichgewicht zwischen den Universitäten noch weiter verfestigt wurde: Gewonnen haben logischerweise die Universitäten, die auch schon vorher das meiste Forschungsgeld erhalten haben. Das neoliberale Marktideal einer Durchökonomisierung der Wissenschaft – eben wie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche – hat hier eindeutig versagt: Statt exzellente oder herausragende Forschung zu fördern wurden die strukturpolitischen Vorgaben der Länder nur fester zementiert. Anstatt Gelder in die notwendige Forschung an gesellschaftlich relevanten Themen zu stecken, hat die Exzellenzinitiative lediglich die Universitäten gefördert, die bereits von den Landesregierungen bevorzugt worden waren. Außerdem wurde ein künstliches Ungleichgewicht zwischen Forschung und Lehre geschaffen, die Situation der Lehre verschlechterte sich sogar durch die zusätzliche Bürokratie.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb das Ende jeglicher Exzellenzprogramme und statt dessen eine staatliche Breitenförderung der Forschung. Spitzenforschung kann nur im Miteinander aller wissenschaftlichen Beteiligten und ohne kapitalistische Logik funktionieren.

Wissenschaft in Verantwortung

Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung bedeutet allerdings nicht, dass diese im luftleeren Raum passiert und es keinerlei Kontrolle gibt. Ganz im Gegenteil, Wissenschaft soll gerade Teil eines akademischen und gesellschaftlichen Diskurs sein. Für die Rückkopplung in die Gesellschaft kommt den Studierenden eine zentrale Rolle zu, da sie meist nur eine kurze Zeit Teil des wissenschaftlichen Betriebs sind und diesen somit unvoreingenommen wahrnehmen. Darüber hinaus sollten sich Forscher*innen aber auch selbst einer gesellschaftlichen Kontrolle und Diskussion stellen. Wo dies nicht geht, ist die akademische Selbstverwaltung gefragt, die Kontrolle zu übernehmen. Insbesondere in der Frage der Zielsetzung, ist für uns klar, dass Forschung und Wissenschaft stets dem Frieden und dem Wohle der Menschen und der Natur dienen muss.

Daher setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern bereits länger für eine Zivilklausel ein und unterstützt den Augsburger Aufruf "Bildung für den Frieden". Damit es eine gesellschaftliche Diskussion über Forschungsziele geben kann, muss aber erst einmal klar sein, in welchem Gebiet geforscht wird. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher ergänzend eine Transparenzklausel mit Offenlegungspflicht aller Kooperationspartner*innen eines Forschungsprogrammes. Bei strittigen Forschungsvorhaben muss ein Zentrales Gremium (ZG) als oberstes beschlussfassendes Organ der akademischen Selbstverwaltung darüber entscheiden.

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

Wissenschaft sollte als kritisches Gewissen der Gesellschaft fungieren und die Bedingungen für Frieden und für ein gutes Leben für Alle erforschen und lehren.

Kleinstaaterei überwinden

Der Bund darf sich aktuell nur zeitlich begrenzt an der Finanzierung der Hochschulen beteiligen. Damit wieder eine gesamtgesellschaftliche, progressive Diskussion über die Verantwortung und Zielsetzung von Wissenschaft geführt werden kann und die Kleinstaaterei in der Wissenschaftspolitik beendet wird, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Abschaffung des Kooperationsverbotes und die Überführung der Hochschulgesetze der Länder in ein Bundeshochschulgesetz. Besonders für die volle Ausfinanzierung der Forschung, sollte der Bund zukünftig einen Hauptteil der Grundfinanzierung übernehmen. Ein europäischer Hochschulraum gelingt nur, wenn nationale Grenzen in der Wissenschaft aufgelöst werden. Wir setzen uns darüber hinaus für eine stärkere internationale Zusammenarbeit in der Forschung und den verbesserten Austausch von Wissen ein.

Würdige Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft schaffen

Als Folge der neoliberalen Entwicklung ist der wissenschaftliche Betrieb durchzogen von prekären Beschäftigungsverhältnissen, die wirtschaftliche Selbstausbeutung von Forscher*innen ist an der Tagesordnung. Nicht nur der wissenschaftliche Nachwuchs, sondern auch die meisten Promovierenden leben in unsicheren Verhältnissen und werden mit befristeten Verträgen, deren Laufzeit zum Großteil unter einem halben Jahr liegt, abgespeist. Ihre Existenz können sie nur durch Kettenverträge sichern. Dies schadet nicht nur den Menschen, sondern auch der Qualität der Forschung. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass als Sofortmaßnahme sachgrundlose Befristungen und die Tarifsperrung abgeschafft werden. Die Vorstellung, dass Wissenschaft hauptsächlich von wenigen Professor*innen praktiziert wird, denen die Doktorant*innen und andere wissenschaftliche Mitarbeiter*innen zuarbeiten, ist längst veraltet und ein Relikt der Ständegesellschaft. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass nur noch Promotions- und Habilitationsstellen befristet werden dürfen, allerdings mit einer Untergrenze von drei Jahren. Alle anderen nichtstudentischen wissenschaftlichen Stellen sind in der Regel unbefristet zu vergeben. Damit wird die Berufsperspektive Wissenschaftler*in gestärkt und eine Alternative zum mühseligen Erstreben einer Professur gegeben. Hierfür kann auch die Schaffung von mehr Stellen für Juniorprofessor*innen, Assistenzprofessor*innen oder Oberrät*innen hilfreich sein. Gleichzeitig sollen die individuellen Fortbildungsmöglichkeiten verbessert und Wechsel zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Berufsfeld erleichtert werden.

Feministische Wissenschaft stärken

Der wissenschaftliche Betrieb ist noch durchzogen von verkrusteten Strukturen. Dies zeigt sich etwa bei der strukturellen Benachteiligung von Frauen in Auswahl- und Berufungsverfahren. Noch immer gilt die Faustformel, je höher es in der Karriereleiter geht, umso weniger Frauen befinden sich dort. Sind unter den Studienanfänger*innen und den Absolvent*innen noch etwa die Hälfte Frauen, so sind es bei der Promotion nur noch 45%. Bei Habilitationen sind es nur noch 27% und unter den Professor*innen nur 20% Frauen. Im Schritt von der Promotion auf die Habilitation und Professur entsteht also das größte Gefälle. Auch zwischen den Fächern gibt es leider noch immer signifikante Geschlechterunterschiede: Unter den Sprachwissenschaftler*innen ist der Frauenanteil beispiels-

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

weise deutlich höher als unter Physiker*innen. Oft wirken die schon in der Schule vermittelten Geschlechterstereotypen bis in die Studienwahl fort. Dadurch wird der Mangel an weiblichem wissenschaftlichem Nachwuchs in diesen Fächern nur noch verstärkt. Wir brauchen gerade in Fächern mit niedrigem Frauenanteil Wissenschaftlerinnen in Vorbildfunktion.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass als Sofortmaßnahme die Berufungskommissionen für eine Professor*innenstelle mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt sein müssen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre müssen alle Fakultäten den Anteil der Professorinnen auf den heutigen Frauenanteil in ihrem wissenschaftlichem Mittelbau erhöhen. Bis in zwanzig Jahren fordern wir mindestens die Hälfte aller Professor*innenstellen für Frauen. Um strukturelle Hindernisse aufzubrechen, muss sowohl jede Hochschule als auch jeder Fachbereich eine eigene Frauenbeauftragte haben, die in allen zentralen Gremien Stimmrecht hat. Für die Frauenbeauftragten muss es einen adäquaten Ersatz für ihren Mehraufwand durch zusätzliche Mitarbeiter*innen geben, damit diese auch weiterhin wissenschaftlich tätig sein können. Bei befristeten Stellen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine automatische Verlängerung des Vertrages von zwei Jahren pro Kind. Feminismus ist für uns allerdings kein Elitethema. Gerade im Reinigungs- und Mensabereich, der die Forschungsarbeit erst ermöglicht, sind hauptsächlich Frauen beschäftigt und entsprechend schlecht ist die Entlohnung. Wir fordern hier eine deutliche finanzielle Aufwertung dieser Stellen! Der Genderaspekt muss auch endlich in den wissenschaftlichen Diskurs Einzug halten. Daher fordern wir die Hochschulen auf, Gender Studies als reguläres Studienfach einzuführen und im Rahmen des freien Wahlbereichs für jedes Studienfach ein Veranstaltungsangebot im Bereich Gender Studies zu schaffen.

Elitäre Strukturen aufbrechen

Kaum ein Berufsfeld ist noch so stark von einem Denken aus der Ständegesellschaft geprägt, wie der wissenschaftliche Bereich. Je länger die Zusätze vor dem Namen sind, umso exklusiver ist der gesellschaftliche Zugang. Wir wollen aber keine Wissenschaft für eine Elite, sondern für alle! Es muss Schluss sein mit einer gesellschaftlichen Verwertungslogik, in der Personen, die einen wissenschaftlichen Erfolg erzielen konnten, dadurch als wichtiger und wertvoller gelten. Durch den Doktor*innentitel als Namenszusatz im Ausweis und damit einhergehende gesellschaftliche Privilegien, wurde eine Art moderne Adelsschicht gebildet. Und genauso wie früher, ist auch hier der Einkauf durch Kontakte und genügend Geld möglich, wie nicht nur die Praxis der Ehrendoktor*innentitel zeigt. Den Nachweis für Spitzenforschung hat der Doktor*innentitel längst verloren.

Daher fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Doktor*innentitel nicht weiter in den Personalausweis aufgenommen werden können und Ehrendoktor*innenwürden komplett abgeschafft werden. Zudem fordern wir eine Reform der Doktorand*innenausbildung hin zu neuen, allgemein gültigen Qualitätsstandards.

Das Wissenschaftsmodell der Zukunft

Wissenschaft sollte eine gesamtgesellschaftliche Betätigung sein und dementsprechend müssen auch alle Menschen Zugang zu Wissenschaft haben. Hierfür brauchen wir eine grundlegende Änderung in der Hochschul- und Forschungsstruktur.

Als erstes fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Überwindung der Teilung in praktische und theoretische Wissenschaft, die durch das Modell Universitäten und Fachhochschulen praktiziert wird. Denn es sind nur die zwei Seiten einer Medaille, die eigentlich zusammengehören und sich

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

gegenseitig befruchten sollten. In der Praxis zeigt sich der Unterschied hauptsächlich nur noch in der Finanzausstattung, bei der den Fachhochschulen politisch gewollt keine Gelder zum Forschen gegeben werden. Doch Wissenschaft bedeutet immer die Einheit von Forschung und Lehre. Deshalb wollen wir diese zwei Hochschultypen abschaffen und durch eine Hochschule für alle ersetzen. Auf dem Weg dahin fordert die GRÜNE JUGEND Bayern als einen Angleichungsschritt das volle Promotionsrecht für Fachhochschulen einhergehend mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung. Der Zugang zu dieser neuen Hochschule steht allen Menschen offen, unabhängig von den vorherigen Bildungsabschlüssen. Innerhalb der Hochschule soll nicht mehr zwischen unterschiedlichen Studienfächern, sondern nur den unterschiedlichen Fachbereichen unterschieden werden. Dementsprechend findet die Immatrikulation nicht mehr für einen Studiengang, sondern für eine Hochschule statt. Die angebotenen Kurse können die Studierenden selbstständig und individuell kombinieren und sich so ein eigenes Qualifizierungsprofil aufbauen. Eine Zertifizierung findet pro Kurs statt und ermöglicht so auch eine individuelle Studiendauer und jederzeit die Möglichkeit zur individuellen Fortbildung. Worüber geforscht und welche Lehrangebote es geben soll, sollen die Hochschulen in der Gesamtheit aller am wissenschaftlichen Prozess Beteiligten entscheiden. Dafür braucht es eine gesetzlich verankerte Vertretung aller Statusgruppen der Hochschule, die paritätisch das Zentrale Gremium (ZG) als oberstes beschlussfassendes Organ der akademischen Selbstverwaltung besetzen.

Die Vision Wirklichkeit werden lassen

Wissenschaft zeichnet sich durch ihren kritischen und hinterfragenden Charakter aus. Deswegen ist der Wille zur Veränderung so alt wie die Wissenschaft selbst. Eine Veränderung des Wissenschaftssystems in Deutschland wird bereits angestrebt, seit es das aktuelle System nach dem 2. Weltkrieg gibt. Meistens sind es die Studierenden, die gegen festgefahrenen Strukturen aufbegehrt haben und deren Veränderung gefordert haben. Mittlerweile wird der Kampf für freie Bildung und freie Wissenschaft global und auf jedem Kontinent geführt. Die GRÜNE JUGEND Bayern solidarisiert sich daher mit allen Bewegungen, die sich für eine solidarisch-emanzipatorische Gesellschafts- und Wissenschaftsstruktur einsetzen, entsprechend der in diesen Text skizzierten Grundlagen.

No border, no nation, free education!